



**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**KREISVERBAND Koblenz**

**Carl-Bernhard von Heusinger**  
Direktkandidat WK 9 (Koblenz)

Hohenzollernstr. 137  
56068 Koblenz  
E-Mail: [info@gruene-koblenz.de](mailto:info@gruene-koblenz.de)

Koblenz, den 18. Februar 2021

## **Wahlprüfsteine – Seniorenbeirat Koblenz**

### **1. Altersdiskriminierung**

Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen und teilhaben können. Denn alle gehören dazu, verdienen **Respekt, Teilhabe und Unterstützung**. Daher setzen wir uns gegen jede Form der Diskriminierung ein. Für solche Fälle von Altersdiskriminierung wollen wir ein starkes **Landesantidiskriminierungsgesetz** zum Ausbau dauerhafter Strukturen. Mit einem **Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt** wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Diskriminierung durch Behörden und Verwaltung abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu stärken. Dieses Antidiskriminierungsgesetz des Landes soll Lücken der bisherigen gesetzlichen Regeln schließen und einzelnen Personen oder Verbänden ermöglichen, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Wir wollen weiter eine rechtliche Ausgestaltung durch eine Prozessbeistandshilfe, eine Erleichterung bei der Beweislast wie auch eine Verfristung von Ansprüchen frühestens nach einem Jahr vor. Das Gesetz soll Bereiche regeln, in denen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes bislang nicht vor Diskriminierung schützt. Die **Landesantidiskriminierungsstelle wollen wir gesetzlich** verankern und mit den zusätzlich erforderlichen finanziellen und personellen Mitteln ausstatten.



## 2. Pflege

Ziel unserer GRÜNEN Pflegepolitik ist es, allen Pflegebedürftigen ein würdevolles Leben zu ermöglichen und sie und ihre Angehörigen zu stärken. Dabei wollen wir sie in ihrem bisherigen Wohnumfeld bestmöglich unterstützen, solange das möglich und gewollt ist. Um Pflegebedürftigkeit vorzubeugen, setzen wir uns dafür ein, dass ambulante, präventive geriatrische Angebote und das Programm **Gemeindeschwester plus** gestärkt werden.

In Rheinland-Pfalz ist es zudem bereits möglich, die Kosten für „eine Unterstützung im Alltag“, z.B. eine privat organisierte Haushaltshilfe, einfach abzurechnen. Wir begrüßen das sehr.

Näheres dazu finden Sie hier: <https://add.rlp.de/de/themen/foerderungen/im-sozialen-bereich/angebote-zur-unterstuetzung-im-alltag/>

### **Anfragen und Anträge auf Anerkennungs- und Registrierungsverfahren:**

- bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion unter der Telefonnummer: +49(651) 9494-890 oder +49(651) 9494-839 oder
- beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung unter der Telefonnummer: +49(6131) 2069-34

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine gerechtere Finanzierung der Pflege ein. Dazu wollen wir das bisherige Finanzierungssystem umkehren. Bisher ist die Unterstützung durch die Pflegeversicherung gedeckelt und die Betroffenen bezahlen den Rest. Mit unserer Idee der **Doppelten Pflegegarantie** erreichen wir, dass die Kosten für die Pflegebedürftigen auf einen Sockelbetrag beschränkt werden, der deutlich unter den aktuell durchschnittlichen 680 Euro liegen soll. Alle darüberhinausgehenden pflegerischen Kosten werden von der Pflegekasse getragen. Mit unserem Konzept einer grünen **Bürger-Pflegeversicherung** wollen wir die Finanzierung der Pflege auf mehr Schultern und damit gerechter verteilen.

Die Probleme des Fachkräftemangels in der Pflege können nur durch attraktivere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung gelöst werden. Wichtig ist es, ein Signal für eine **verbesserte Arbeitssituation** durch zusätzliche Pflegestellen zu setzen. Wir GRÜNE haben im Bund den Vorschlag gemacht, mit einem Sofortprogramm Stellen für **25.000 zusätzliche Krankenpfleger\*innen** und für **25.000 zusätzliche Altenpfleger\*innen** zu schaffen. Um die wertvolle Arbeit der Pflegekräfte endlich angemessen zu honorieren, setzen wir uns für einen **höheren Mindestlohn** und einen **allgemeinverbindlichen Tarifvertrag** ein.

Wir wollen pflegende Angehörige besser als bislang unterstützen. Aber auch wenn eine Pflege durch Angehörige nicht möglich oder erwünscht ist, sollen ausreichend professionelle Versorgungsstrukturen zur Verfügung stehen. Deshalb streben wir ein gutes Nebeneinander von privater und professioneller Pflege an. **Nachbarschaftsinitiativen** sowie andere Formen der Freiwilligenarbeit vor Ort,



Unterstützungsangebote kommunaler Wohnungsunternehmen und andere Initiativen sollen gefördert und von Beginn an einbezogen werden können.

Wir wollen die Stellung der **24-Stunden-Pflegekräfte**, die oft aus den östlichen EU-Ländern kommen, rechtlich klären. Denn auch in privaten Haushalten muss der vereinbarte Mindestlohn in der Pflege gelten. Bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds wollen wir auch das Recht stärken, die Arbeitszeit reduzieren zu können.

Kurz- und mittelfristig werden wir den Pflegebedarf nicht ohne **Zuwanderung von Fachkräften** decken können. Für eine erleichterte Zuwanderung bedarf es vereinfachter Anerkennungsverfahren und ausreichender Sprachqualifizierung. Ausländische Fachkräfte dürfen jedoch nicht aus Ländern angeworben werden, in denen selbst ein Fachkräftemangel besteht und eine Abwanderung dort Lücken in die Versorgung reißen würde. Wir wollen Anreize schaffen, um männliche Jugendliche zu ermutigen, eine Ausbildung in der Pflege zu machen.

### 3. Mobilität

Wir GRÜNE wollen uns für ein **Altenhilfestrukturegesetz** stark machen, um Kommunen gezielt dabei zu unterstützen, die Infrastruktur auf der Straße und in den Einrichtungen gerecht und sicher zu gestalten. Zu einer sicheren Straßeninfrastruktur zählt für uns auch eine **barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes**. Jeder Mensch soll sich ohne Hindernisse und sicher fortbewegen dürfen. Die Planung und Förderung sollen für Kommunen verpflichtend sein. Zudem ist es uns nicht erst seit der Etablierung der E-Scooter ein Anliegen, dass der Raum auf der Straße neu aufgeteilt wird. Wir sind der Meinung, dass Fußgänger\*innen in der Verkehrsplanung mehr bedacht werden müssen und fordern daher eine Neuaufteilung des öffentlichen Raums. Wir GRÜNE wollen den Weg für Kommunen freimachen, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Innenstädten leichter einzuführen. Dazu müsste allerdings zuvorderst die Straßenverkehrsordnung auf Bundesebene geändert werden.

Uns GRÜNEN ist es ein Anliegen, für **eine landesweite Mobilitätsgarantie** zu sorgen. Das neue Nahverkehrsgesetz gibt dazu den Rahmen vor. Mit einem Landesnahverkehrsplan wollen wir entsprechende Standards setzen. Da dies mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden ist, müssen Kommunen gezielt dabei unterstützt werden. Wir GRÜNE wollen, dass mehr Geld in das ÖPNV-System fließt. Ein Ticket für Alle, eine garantierte Barrierefreiheit und ein bedarfsorientierter Mix aus Linienfahrten und Fahrangeboten, die bei Bedarf abgerufen werden können, sollen in Zukunft jedem Menschen ermöglichen, bequem und gerecht von A nach B zu reisen, ohne Einschränkungen. Wir haben bereits in einigen Kommunen sehr gute Erfahrungen mit Bürgerbussen machen können. Wo dies gewünscht ist, werden wir sie auch in Zukunft ergänzend zum ÖPNV unterstützen.



Für Teilhabe an der Gesellschaft ist Mobilität eine wesentliche Voraussetzung. Das Land soll die Kommunen und Verkehrsverbände landesweit mit einem Förderprogramm unterstützen und ein **Sozialticket für Grundsicherungsempfänger\*innen** einführen. Dieses Sozialticket darf nicht mehr kosten als im Regelbedarf für Mobilität vorgesehen ist.

#### 4. Miteinander der Generationen

Kommunen und ihre Wohnungsbaugesellschaften brauchen Beratung beim sozialen Wohnungsbau: Von der ökologisch und ökonomisch sinnvollen Aufstockung und Erweiterung bestehender Bauten bis hin zu den rechtlichen Möglichkeiten bei der **Quartiergestaltung**, zum Einsatz von **Sozialquoten** oder zu den neuen Aufgabenfeldern bei der Schaffung von **Stadtteil- und Quartierszentren** und **Mehrgenerationenhäusern**. Das Land soll durch eine zentrale Beratungsstelle Kommunen verstärkt die Informationen zu möglichen Instrumenten liefern.

Wir wollen eine größere Vielfalt ambulanter Pflegeangebote wie **Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte** mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall.

Auch Angebote für pflegebedürftige Kinder und Jugendliche müssen geschaffen und Eltern so entlastet werden. Für uns spielen die Kommunen bei der Daseinsvorsorge in der Pflege eine Schlüsselrolle. Um eine gute Pflege vor Ort zu gewährleisten, sollen die Kommunen künftig mehr Kompetenzen und mehr Geld erhalten. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens wollen wir den Kreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit zur verbindlichen Pflegestrukturplanung geben, um in wichtigen Fragen selbst das Ruder in der Hand zu haben. Dazu wollen wir das Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur reformieren. Beispielsweise müssen Baugebiete auf die Belange der Menschen ausgerichtet sein, die Pflege und Unterstützung brauchen. Daher müssen Regional- und Flächennutzungsplanung mit der Pflegestrukturplanung abgestimmt sein.

Wir wollen die Menschen mit ihren Stärken und in ihrem gesamten Lebenszusammenhang fördern. Deshalb setzen wir uns insbesondere für den **Ausbau der Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort**, im Quartier oder im Dorf ein.



## 5. Bürgerbeteiligung

Wir freuen uns, wenn sich Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so funktioniert unsere Gesellschaft. Demokratie lebt vom Mitmachen. Und Demokratie ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines friedlichen und gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Sei es mit Hilfe von Petitionen, anhand eines Ehrenamtes oder durch das Wählen selbst: Wir wollen eine Demokratie der Vielfalt, in der alle Menschen mitreden können und niemand ausgeschlossen wird.

**Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Element gelebter Demokratie.**

Vor Ort oder auf Landesebene sollen alle durch qualitativ hochwertige Beteiligung mitgenommen werden. Um Brücken zwischen Parlament und Bürger\*innen zu bauen, sind Begleitkreise mit gelosten Bürger\*innen für konkrete Reformprozesse eine Möglichkeit.

Die Pflege eines Angehörigen oder die Kinderbetreuung dürfen kein Hindernis für die Arbeit in kommunalen Gremien darstellen. Daher machen wir uns stark für Unterstützungsangebote für die Ausübung des Mandats für Menschen mit zu betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen sollen Aufwendungen für die Betreuung erstattet werden.

## 6. Wohnen im Alter

Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Jede\*r hat das Recht angemessen zu wohnen. Daher ist es eine unserer zentralen politischen Aufgaben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Das geht nur mit **sozial gefördertem Wohnungsbau bei gleichzeitiger Eindämmung der Mietpreisexplosion** in unseren Städten und Eingrenzung der Immobilienspekulationen. Wenn Kommunen einen rechtsicheren.

Mietendeckel einführen wollen, werden wir sie als Land darin unterstützen, um stark wachsenden Mieten wie in den Ballungszentren in Rheinland-Pfalz entgegen zu wirken. Wir setzen uns für **Mietpreisbremsen und Kappungsgrenzen** ein, wie sie bereits in Mainz, Trier, Landau und Speyer realisiert wurden. Damit werden die Menschen nicht aus ihrer Stadt verdrängt. Mit dem **Wohnraumschutzgesetz** bekommen Kommunen, die mit Wohnraumknappheit und mit Leerständen konfrontiert sind, wieder Handlungsspielraum.

Wir wollen die **Wohnraumförderung des Landes** ausbauen, indem wir insbesondere die sozialen Bindungen verlängern und den Erwerb von Belegungsrechten fördern. Neben Haushalten mit geringem Einkommen und Familien werden wir auch weiterhin die Belange von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung bei der sozialen Wohnraumförderung berücksichtigen. Grundsätzlich soll die soziale Wohnraumförderung an Barrierefreiheit gebunden sein. Wir fördern auch speziell genossenschaftliches Bauen und Wohnen, weil häufig durch gemeinsame Initiative späterer Bewohner\*innen zukunftsfähige



Projekte im Quartier entstehen. Wir wollen Wohnungsbaugesellschaften nicht nur in den Städten, sondern auch auf Kreisebene. Diese können überörtlich den Bedarf an Wohnungen in den Blick nehmen.

Die Straßenanbindung ist Teil der kommunalen Daseinsfürsorge und damit wichtig für die Entwicklung einer Gemeinde. Doch Straßen müssen auch gepflegt, um- und gegebenenfalls ausgebaut werden; dabei entstehen Kosten. Um diese zu decken, ist es ein geeignetes Mittel, Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer angemessen an Baumaßnahmen an ihren kommunalen Straßen zu beteiligen. Einmalzahlungen standen hierbei in der Vergangenheit in der Kritik, da sie vereinzelt zu sozialen Härten geführt haben. Wir GRÜNE haben uns deshalb klar für die **wiederkehrenden Beiträge** stark gemacht, die auch mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes jetzt entsprechend gesetzlich geregelt wurden. Gleichzeitig behalten die Kommunen weiter ihre Planungshoheit über die notwendigen Baumaßnahmen und die Höhe der entstehenden Kosten. Damit die wiederkehrenden Beiträge rechtssicher umgesetzt werden können, unterstützt das Land die Kommunen finanziell.

## 7. Administrative Unterstützung und Förderung des Umgangs mit modernen Medien

Wir setzen uns dafür ein, dass auch immer die Belange und Interessen von Senior\*innen berücksichtigt werden. Dienstleistungsangebote, z.B. von Banken und Behörden, müssen immer barrierefrei sein und dem Zwei-Sinne-Prinzip folgen. Das neue Inklusionsgesetz Rheinland-Pfalz schreibt auch die Barrierefreiheit von digitalen Angeboten vor.

Bis 2029 wollen wir erreichen, dass **alle öffentlichen Gebäude im Landes- und kommunalen Besitz barrierefrei** sind – nicht nur für gehbehinderte, sondern auch für hör- und sehbehinderte Menschen. Dafür wollen wir eine **Landesfachstelle Barrierefreiheit** einrichten und finanziell ausstatten. Auch Kommunikation soll barrierefrei sein. Deshalb wollen wir ein Kompetenzzentrum und -netzwerk für digitale Barrierefreiheit aufbauen, das Bestandteil eines **Landeskompetenzzentrums Barrierefreiheit** sein soll. Die Barrierefreiheit des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks – insbesondere des SWR – wollen wir voranbringen: Unsere Ziele sind 100 Prozent Untertitel, mehr Audiodeskription und mehr Deutsche Gebärdensprache.

Wir fordern als GRÜNE eine **Garantierente**, die oberhalb der Grundsicherung liegt, steuerfinanziert ist und geringere Eingangshürden als die Grundrente der Großen Koalition hat. Damit hätten ältere Menschen auch genug Geld, um sich Geräte wie Computer und Smartphone anzuschaffen. Für den sicheren Umgang mit diesen Geräten fördert das GRÜN geführte Familienministerium das Projekt "Silver Surfer: Sicher online im Alter" der Verbraucherzentrale RLP. Auch die Digitalbotschafter\*innen unterstützen Senior\*innen im Umgang mit elektronischen Medien. Zuständig für dieses Projekt ist die Stiftung MedienKompetenz Forum Südwest (MKFS). Infos per Telefon unter 06131 279675 oder <https://digibo.silver-tipps.de/>



## 8. Bildung, Teilhabe, Kultur

Wir wollen nicht Senior\*innen pauschal finanziell fördern, sondern diejenigen, die finanziell bedürftig sind. Im Mittelpunkt GRÜNER Sozial- und Gesellschaftspolitik steht der Mensch in seiner Würde und seiner Freiheit. Wir wollen solidarisch die inklusive Gesellschaft so gestalten, dass jedem Menschen jederzeit die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft garantiert ist. Materielle Voraussetzung dafür ist das verfassungsmäßige Grundrecht auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Dieses Grundrecht sichert jedem die materiellen Voraussetzungen, die für die eigene physische und soziale Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. Die Verwirklichung dieses Grundrechts ist notwendige Voraussetzung für die selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und somit Eckpfeiler GRÜNER Sozialpolitik für Menschen mit geringem und ohne Einkommen.

Wer ein Leben lang arbeitet, darf in seinem Lebensabend nicht auf Grundsicherungsniveau fallen. Unsere Lösung ist daher das Konzept der GRÜNEN **Garantierente**, wie bereits unter Punkt 7 erwähnt.

Jeder Kreis und jede Stadt sollte für Menschen, die Grundsicherung beziehen, einen kommunalen Sozialpass einführen, der von Institutionen (wie Theatern, Bibliotheken, Museen und Sportstätten) und Verwaltungen ohne weitere bürokratische Prüfung für Vergünstigungen anerkannt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Carl-Bernhard von Heusinger